

23.2.1963

Deten und
2. we. AHS

A b s c h r i f t

des Interviews von Gerald Götting.

Guten Abend!

Journalisten fragen heute abend Gerald Götting, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und Generalsekretär der Christlich-Demokratischen-Union. Mit 39 Jahren zählt Gerald Götting zu den verantwortlichen Politikern der jüngeren Generation. Er ist Sohn eines Kaufmannes. Von 1947 bis 1949 studierte er an der Martin-Luther-Universität in Halle Philosophie. In dieser Zeit wurde er Mitglied der CDU und erwarb sich große Verdienste beim Durchbruch der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Partei. Seit 1949 ist Gerald Götting Generalsekretär der CDU. Zahlreiche Publikationen unseres heutigen Interviewpartners vermitteln in den breiten Kreisen unserer Bevölkerung einen umfassenden Einblick in den politischen-moralischen Standort des Verfassers. Aus seiner Feder stammen folgende bekannte Bücher: "Der Christ sagt ja zum Sozialismus", "Sternstunde Afrika" und "Begegnung mit Albert Schweizer". Die beiden zuletzt genannten Bücher weisen auf die enge Verbindung Gerald Göttings zu den jungen Staaten Afrikas, von denen er letzters erst wieder einige bereiste, um für das gegenseitige Verständnis der Völker und ihre wechselseitige Unterstützung zu wirken. Herr Götting, ich darf Ihnen und unseren Hörern die Journalisten von Radio DDR vorstellen, die die Fragen an Sie richten werden: Götz Gärtner und Heinz Winter. Kollege Gärtner, bitte die erste Frage.

Gärtner:

Herr Götting, auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde die SED als die Partei des ganzen Volkes charakterisiert. Läßt diese Feststellung noch Raum für die politische Tätigkeit Ihrer Partei, der CDU?

Götting:

Manche Freunde meinten schon vor Jahren, daß mit dem zunehmenden Aufbau des Sozialismus in der DDR die Bedeutung und der Raum für die Arbeit der Christlich-demokratischen-Union immer mehr eingeschränkt werden. Nun, das Gegenteil ist eingetreten. Man kann doch mit Recht sagen, daß jetzt nach dem VI. Parteitag der SED noch größere Aufgaben für alle demokratischen Parteien und damit natürlich auch für die CDU gegeben sind, daß ein interessanter Prozeß sich vollzogen hat,

von einer Interessenvertretung bestimmter Schichten, bestimmter Kreise, zu einer Mitverantwortung für das gesamte gesellschaftliche Leben, für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung. Es ist also kein Widerspruch zu der Feststellung, daß die SED die Partei des ganzen Volkes geworden ist. Man kann das auch sehen an der Tatsache, daß wir wie nie zuvor an der Vorbereitung des Parteitages der SED teilgenommen haben. Nicht nur die Bevölkerung, sondern vor allen Dingen auch die demokratischen Parteien haben in der Diskussion um das Programm und mit bestimmten Vorschlägen hier Hervorragendes geleistet, was Niederschlag im Programm, in Beratungen des Parteitages gefunden hat. Und so war es ganz logisch, daß alle Parteien auf der Präsidiumstagung des Nationalrates erklären konnten, daß das Programm des VI. Parteitages, das Programm des Sozialismus, auch das Gesetz des Handelns für alle Parteien ist. Und ich glaube, daß für unsere Freunde jetzt augenblicklich die Aufgabe zu erfüllen gilt, wie können wir den breiter gewordenen Raum zum Nutzen des ganzen Volkes mit ausfüllen?

Winter:

Im Westen wird immer wieder behauptet, Herr Götting, die mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands befreundeten Parteien wären nur Aushängeschild oder gar Befehlsempfänger der SED. Betrachten Sie sich als ein solches Aushängeschild?

Götting:

Die meisten, die das im Westen schreiben, wissen selbst, daß es eine Lüge ist, aber sie sind ihren Auftraggebern entsprechend noch immer von dieser Lüge befangen. Jedem ist bekannt, daß unsere Parteien ein eigenes, reiches, inneres Leben entwickeln, und ich muß sagen, daß das Parteilieben der Christlich-Demokratischen-Union außerordentlich interessant ist. Natürlich stehen die Kernfragen der nationalen Entwicklung beim Aufbau des umfassenden Sozialismus im Mittelpunkt. Aber gerade von da aus, von diesem guten Parteilieben aus, werden in eigener Überlegung und Entscheidung immer neue Initiativen entwickelt, die in der Nationalen Front, in der Volkswirtschaft, im Staatsapparat und nicht zuletzt in den Volksvertretungen sichtbar werden und zu greifbaren, meßbaren Erfolgen führen.

Klein:

Der Ausdruck von der Partei der Befehlsempfänger wird z.B. aus der Tatsache abgeleitet, daß in der Volkskammer die Beschlüsse einmütig gefaßt werden. Heißt Einmütigkeit, daß es keine Meinungsverschiedenheiten gibt?

Götting:

Ja, ich muß Ihnen gleich dazu sagen, es ist für mich unvorstellbar, daß ein Gesetz in der Volkskammer nicht einstimmig angenommen wird. Denn alle grundlegenden Gesetze werden von den Parteien, gar von der gesamten Bevölkerung diskutiert und vorbereitet. Die verschiedenen Anregungen und Vorschläge kommen in die Ausschüsse der Volkskammer und werden dort verarbeitet. Und ich weiß aus den unterschiedlichsten Ausschüssen, daß sie die verschiedenen Anregungen überprüfen und zu einer gemeinsamen Meinung, zu einer gemeinsamen Linie zusammenarbeiten. Die Annahme eines Gesetzes ist gewissermaßen ein demokratischer Höhepunkt. Er ist der Abschluß der Vorbereitung und zugleich der Beginn der Durchführung mit allen Abgeordneten und mit der ganzen Bevölkerung. Natürlich gibt es auch Meinungsverschiedenheiten verschiedener Art. Sie werden aber im Gespräch, im Block oder in der Nationalen Front geklärt und führen zu praktischen Ergebnissen. Im Westen werden die Meinungen überstimmt. Während bei uns die unterschiedlichsten Gedanken, ganz gleich, von welcher Partei sie kommen, diskutiert werden und alle Vorschläge überprüft werden nach ihrer Richtigkeit, nach ihrer Nützlichkeit hin. Das, glaube ich, macht charakteristisch, daß aus der Vielfalt der Parteien eine Einmütigkeit erarbeitet wird, die dem Ganzen dient.

Winter:

Eine andere Frage, Herr Generalsekretär. Mir ist bekannt, daß viele Christen bei uns in eine Art Konflikt geraten. Auf der einen Seite steht ihr Gottesglaube, auf der anderen Seite die auf einer materialistischen Weltanschauung basierende Politik unseres Staates. Ist dieser für meine Begriffe echte Konflikt lösbar?

Götting:

Dieses Problem beschäftigt viele christliche Menschen. Aber worum geht es da eigentlich? Als Christ bin ich doch verpflichtet, mit meinem Verstand und meiner Vernunft die besten und neuesten Ergebnisse der Wissenschaft, ich möchte sagen für der Stadt Bestes, für meinen Nächsten, für mein Volk zu nutzen. Aber ich kann das vielleicht an einem Beispiel erläutern: Ein Beispiel, das für viele andere Lebenszweige hier herangezogen werden kann. Die Zeit war herangereift, da wir im Interesse der Deckung der Bedürfnisse unserer Bevölkerung an die Großraumbwirtschaft in der Landwirtschaft entwickeln mußten. -Ein Problem, das überhaupt, ganz gleich, ob Ost oder West, auf der Tagesordnung stand und steht. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat auf der Grundlage der materialistischen Weltanschauung landwirt-

schaftliche Produktionsgenossenschaften konzipiert, hat die Form ausgearbeitet und die Vorschläge zur Diskussion gestellt. Man kann heute mit Recht sagen, daß neben Marxisten und anderen Bürgern Hunderttausende christliche Bürger in diesen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften als Mitglieder oder als Vorsitzende sogar beispielhaft mitarbeiten. Und sie haben gar keinen Konflikt, denn sie können den Gottesdienst besuchen, es ist bekannt, daß viele Mitglieder dieser Genossenschaften sogar Mitglieder der Synoden sind oder im Kirchenrat tätig sind, aber darüber hinaus können sie für ihren Bruder mehr zu essen schaffen als ⁹⁸in den alten Formen möglich war. Dabei ist natürlich klar, daß es zwischen dem Gottesglauben und dem Atheismus niemals eine Brücke geben kann. Und doch gibt es in unseren Genossenschaften noch heute Konflikte. Es wäre töricht, das übersehen zu wollen. Aber die Wurzeln liegen meines Erachtens ganz wo anders. Sie liegen da, wo sich noch Reste der alten bürgerlich-kapitalistischen Welt befinden, und wir wissen alle sehr gut, daß ihre Überwindung ein schmerzhafter Prozeß, und er wird vor allen Dingen noch dadurch erschwert, daß manche Meinungen, die bürgerlich-christliche Welt sei die christlichste aller Welten. Aber sie befindet sich noch in einem groben Irrtum. Besonders wenn sie ^bsehen, wie sich die Lösung der Fragen in der Großraumbwirtschaft in Westdeutschland vollzieht, wo die Bauern vom Land vertrieben werden, wo auf ihre Menschenwürde, auf ihre menschlichen Anliegen überhaupt keine Rücksicht genommen wird. Diese Zusammenarbeit, die sich zwischen Marxisten und Christen z.B. in der LPG ergibt, festigt diese Zusammenarbeit immer mehr, und ich bin überzeugt, daß im Verlauf einer immer besseren Arbeit die Probleme, diese Konflikte immer kleiner und geringer werden. Und dann muß man natürlich dabei berücksichtigen, daß die Christen in dieser Arbeit wie nie in einer anderen Gesellschaft die Möglichkeit haben, ihre Nächstenliebe vom Bereich des Individuellen in den Bereich der Gesellschaft zu übertragen, zu Wirkungen zu kommen, die sie früher nicht erreichen könnten.

Gärtner:

Herr Götting, ich darf vielleicht noch einmal zurückkommen auf die eingangs gestellte Frage nach der Zusammenarbeit der Parteien in unserem Staat. In der Spitze der Staatsführung ist das, was Sie ausführten klar. Aber in der Vorbereitung unserer Sendung erlebten wir an einigen Beispielen, daß es auf der unteren Ebene unseres Staates oft noch komplizierte Situationen gibt. Ich darf ihnen erzählen

von dem Tierarzt Dr. Eberhard Schiffner, der Mitglied Ihrer Partei und gleichfalls Mitglied der LPG Schickershausen im Kreis Meiningen geworden ist. Daraufhin wurde ihm vom Rat des Kreises Meiningen geschrieben, er möchte aus der LPG wieder austreten, dieser Eintritt sei eine Hurra-Entscheidung, und es sei nicht zweckmässig. Was sagen Sie zu diesem Fall, obwohl sich die Produktion in der LPG durch die Anwesenheit dieses Tierarztes wesentlich gesteigert hat.

Götting:

Das ist vollkommen richtig, und ich bin sehr erfreut, dass unser Unionsfreund Dr. Schiffner gegen diese Vorschläge gekämpft hat, alle Versuche, ihn aus der Arbeit auszuschalten, beseitigt hat und nach wie vor seine Arbeit in dieser Genossenschaft durchführt. Es ist bekannt, dass inzwischen auch von Berlin aus gerade seine Erfahrungen angefordert wurden, um sie für andere Arbeiten in anderen Genossenschaften zu verallgemeinern. Solche Beispiele gibt es natürlich noch in manchen Orten der DDR. Es ist überhaupt ein schwerer und langwieriger Kampf, die Prinzipien der Zusammenarbeit, wie sie nicht nur in Berlin und einigen Bezirken so erfolgreich entwickelt worden sind, in der ganzen Republik durchzusetzen. Der Kampf gegen das Sektierertum hat natürlich zwei Seiten. Und ich kann im Zusammenhang mit dieser Frage nicht unterdrücken, dass auch von christlicher Seite alle Sektiererei überwunden werden muss. Ich verstehe darunter, dass wir mit den christlichen Brüdern und Schwestern sprechen müssen, die die dargebotene Hand der Arbeiterklasse zur Mitarbeit noch immer nicht ergreifen und die sich aus diesem oder jenem Grund der Mitarbeit versagen. Ich meine also die Sektiererei ist oft auf beiden Seiten zu sehen und es ist sehr nützlich, diesen Kampf gemeinsam gegen diese unangenehmen Erscheinungen fortzuführen, und zu einem Ergebnis zu bringen.

Klein:

Welches Verhältnis hat die Christlichdemokratische Union zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften der DDR und zu deren Führungen? Fühlt sich Ihre Partei als deren Sachwalter und Interessenvertreter?

Götting:

Die CDU ist eine politische Partei. In ihr arbeiten Christen aller Konfessionen am Aufbau des Sozialismus mit. Es ist ganz verständlich, dass eine solche Mitarbeit vor allen Dingen auf die grossen politischen und gesellschaftlichen Fragen orientiert ist. Aber als Christen sind

sie natürlich auch Mitglieder ihrer Gemeinden und haben Anteil am kirchlichen Leben. Man kann das einfach nicht voneinander trennen. Ein Christ, der wahrhaft für Frieden und für seine Mitmenschen zu handeln willens ist, sucht natürlich eine politische Gemeinschaft, wie sie die Nationale Front oder wie sie unsere Partei anbieten. Das Verhältnis zu unseren Kirchenleitungen, insbesondere von der CDU aus, ist gekennzeichnet von einem immer tieferen und immer besseren ~~Verhältnis~~ Verständnis. Ich kann mich da besonders gut an einige Beispiele aus der Vergangenheit erinnern. Was Otto Nuschke noch vor 10 Jahren immer wieder in Bezug auf die Zusammenarbeit im Kampf um den Frieden und den Aufbau einer neuen Gesellschaft gesagt hat, wurde damals als Ketzerei und unannehmbar von manchen Kirchenleitungen bezeichnet. Aber heute kann man sagen, dass fast alle Kirchenleitungen in der DDR diese Auffassung anerkennen und ihre Haltung von diesen Auffassungen bestimmt wird. Natürlich geht dieser Prozess weiter. Und die Kirchenleitung, überhaupt die gesamten Kirchen, können ja nicht isoliert vom Volk existieren, sondern sind ja geradezu verpflichtet, von der Botschaft Jesu Christi her, die Hilfe an ihren Mitmenschen immer besser zu organisieren. Dabei kann die CDU ihnen nicht nur im Verstehen, sondern in der praktischen Mitarbeit gute Hilfe leisten, und so muss ich sagen, dass sich gerade in der letzten Zeit die Zusammenarbeit ganz wesentlich gebessert hat.

Winter:

Es ist ja bekannt, Herr Götting, dass es in beiden deutschen Staaten eine Christlichdemokratische Union gibt. Haben diese beiden Parteien Berührungspunkte oder gemeinsame Interessen?

Götting:

Wir hatten 1945 gleiche Ausgangspunkte. Angesichts der materiellen und geistigen Trümmer, die uns der Faschismus als Erbe hinterlassen hatte, zogen christliche Bürger Schlussfolgerungen aus der Geschichte und zwar nicht nur aus der deutschen Geschichte im allgemeinen, sondern auch aus dem Versagen vieler kirchlicher Persönlichkeiten in dieser Zeit und bekannten sich zu einer neuen Demokratie, in der die Grundlagen zu einem wirklichen, einem dauerhaften Frieden gelegt werden sollten. Im Verlauf der weiteren Entwicklung und das ist ja allen bekannt, hat sich aber in Westdeutschland die Adenauer-CDU immer mehr zur Partei der Monopole und Militaristen entwickelt, so dass man heute bedauerlicherweise von ihr als der reaktionärsten Partei in Deutschland sprechen muss, die die Plattform für die revanchistische Politik, für die revanchistischen Ziele der Verderber Deutschlands darstellt.

Unsere Partei hat im Gegensatz zu dieser Entwicklung die Schlussfolgerungen aus der Geschichte und aus dem Verhalten der Kapitalisten in dieser Zeit nicht nur theoretisch erarbeitet, sondern zur Grundlage ihres ganzen Handelns gemacht. Wir werden die Hand, die die Arbeiterklasse uns ausgestreckt hat, nie wieder loslassen, sondern wir werden bemüht sein, dieses Bündnis immer weiter zu festigen, weil wir sehr gut verstehen, dass die Interessen der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus voll und ganz den Interessen der christlichen Bürger entsprechen und zwar nicht nur bei der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in Deutschland, sondern vor allen Dingen auch in der Entwicklung eines Lebens der Brüderlichkeit und Menschlichkeit, wie sie nur der Sozialismus allen Bürgern erschliesst. Mit der Führung der Adenauer-CDU gibt es keine Berührungspunkte, wenn man nicht sagen will, dass die prinzipiellen Auseinandersetzungen mit ihr "Berührungspunkte" sind. Aber bei den Mitgliedern dieser Partei zeigt sich doch ein interessanter Differenzierungsprozess. Sie sagen uns das auch bei Besuchen hier in Berlin immer wieder. Man registriert den Versuch, zu den eigentlichen Quellen, zu den eigentlichen Elementen des Gründungstages, des Gründungsauftrufes zurückzukehren, und von da aus auch beizutragen, dass der Frieden in ganz Deutschland zum Hauptprinzip gemacht wird. Ich glaube ganz sicher, dass unsere Arbeit ihnen eine gute Hilfe leisten kann.

Gärtner:

Herr Götting, noch einmal eine Frage zum Verhältnis Staat-Kirche. Können Sie uns sagen, ob Kirchen und auch Religionsgemeinschaften durch unseren Staat gefördert werden?

Götting:

Dabei möchte ich natürlich mit der grossen moralischen Hilfe beginnen, die die Kirchen in unserem Staat erfahren; denn mir scheint es doch von ausserordentlich grosser Bedeutung zu sein, dass die Kirchen in unserer DDR vor dem Militär-Seelsorgevertrag und dem Missbrauch durch die aggressive NATO bewahrt werden und dadurch nicht in den Strudel der von der NATO beabsichtigten Katastrophen einbezogen werden. Hier ist eine grosse moralische Hilfe für die Kirchen gegeben, die sich von dieser Last befreien können, und damit in einer neuen freien Form dem wirklichen Dienst am Evangelium gerecht werden können. Aber dann natürlich ist die praktische Hilfe ja von ausserordentlicher Bedeutung. Ich darf hier vielleicht nur drei Beispiele anführen. Unsere Theologischen Fakultäten werden vom Staat in jeder Form unterstützt. Ein einzelner Theologie-Student allein kostet dem Staat 20.000 D-Mark.

Ich möchte darauf hinweisen, dass trotz der Trennung von Staat und Kirche diese Zuschüsse unserer Regierung 14 Millionen Mark für die evangelische Kirche und 1 1/2 Millionen Mark für die katholische Kirche betragen. Und dann ist vor allen Dingen der Aufbau denkmalswerter Kirchen natürlich auch von grosser Bedeutung für die Gemeinden und für die Kirchen selbst, wie zum Beispiel der Dom zu Magdeburg, die St. Hedwigskathedrale und viele, viele andere Kirchen, die ich hier erwähnen müsste.

Klein:

Unsere Sendezeit nähert sich ihrem Ende, deshalb eine abschliessende Frage, Herr Götting. Sie sind Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR. Wie üben Sie diese Funktion aus?

Götting:

Das geschieht natürlich in vielfacher Hinsicht. Einmal im Staatsrat selbst, bei den Beratungen, wo die einzelnen Beiträge in das Ganze einfließen und dann natürlich in meiner Arbeit als Generalsekretär, die ja gewissermassen auch Voraussetzung für die Mitarbeit im Staatsrat darstellt und die auch eng mit der Arbeit im Staatsrat verbunden ist, das ist hier eine echte Wechselbeziehung - dann in den verschiedensten Gesprächen und Versammlungen mit der Bevölkerung, bei der Erklärung und Durchsetzung von Gesetzen, Erlassen und Beschlüssen. Eine Arbeit, die ausserordentlich grosse Bedeutung hat, und dann nicht zuletzt, was mich gerade betrifft, als Sonderbotschafter des Vorsitzenden des Staatsrates im Ausland, besonders in Afrika, wo ich Gelegenheit hatte, nicht nur die Politik unserer DDR als eine Politik des Friedens und der Verständigung zu erläutern, sondern auch die Möglichkeit hatte, in vielen Gesprächen zu erfahren, wie die Autorität unserer DDR gerade durch ihre klare Friedenspolitik ständig im Wachsen begriffen ist und wie sich freundschaftliche Beziehungen entwickeln, die allen anderen Versuchen von westdeutscher Seite aus nicht nur Standhalten, sondern die Zukunft der Beziehungen des deutschen Volkes zu diesen Völkern darstellen.

Klein:

Journalisten fragten heute den Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Generalsekretär der CDU, Gerald Götting. Herr Götting, wir danken Ihnen recht herzlich für die gegebenen Antworten. Ein anderer Partner und andere Fragen nächsten Dienstag zur gleichen Zeit.